Wochenspiegel
5. – 11. Oktober 2019
Darüber diskutiert Frankreich

Die tödliche Messerattacke in der Pariser Polizeipräfektur, bei der vergangene Woche vier Menschen ermordet wurden, hatte einen islamistischen Hintergrund. Nach Angaben der Anti-Terror-Staatsanwaltschaft war der Täter vor rund zehn Jahren zum Islam konvertiert und hatte Kontakt zu mutmaßlichen Anhängern einer salafistischen Bewegung. In zwei Aufklärungsmissionen soll nun untersucht werden, wie Radikalisierungstendenzen bei Mitarbeitern der französischen Sicherheitsdienste besser identifiziert werden können. Die Opposition fordert den Rücktritt von Innenminister Christopher Castaner. Dieser löste nach einer Anhörung in der Nationalversammlung einen Shitstorm auf Twitter aus. Die Nutzer reagierten auf seinen Vorschlag, verdächtiges Verhalten von Muslimen, so zum Beispiel das Tragen von einem Bart oder eine verstärkte Religiosität während des Ramadans, anzuzeigen, mit dem Hashtag #BalancetonMusulman (*Verpfeif Deinen Muslim*).

In einer Parlamentsdebatte ohne Abstimmung diskutieren die Abgeordneten der Nationalversammlung über die Ausrichtung der französischen Migrationspolitik. Premierminister Edouard Philippe verwies in seiner Rede auf die zentrale Rolle öffentlicher Gelder für die Entwicklungspolitik und bei der Bekämpfung von Fluchtursachen. Er plädierte für eine Reform des Schengener Abkommens mit strikteren Grenzkontrollen und mehr Solidarität bei der Verteilung von Asyl-Bewerbern. Die Harmonisierung der Asylsysteme in Europa sei hierfür eine zentrale Voraussetzung, so Philippe. Er stellte zudem ein Quotensystem für die Einwanderung qualifizierte Fachkräfte zur Diskussion. Während der Debatte forderte die Parteivorsitzende des rechtspopulistischen *Rassemblement national*, Marine Le Pen, ein Volksreferendum zu dem in Frankreich geltenden Geburtsortsprinzip und zu Fragen der Familienzusammenführung.

Die bürgerlich-konservative Partei *Les Républicains* (LR) wählt ihren neuen Parteivorsitzenden. Die Mitglieder der Partei werden in zwei Wahlgängen (12. – 13. Oktober und 19. – 20. Oktober) über die Neuausrichtung der Républicains entscheiden. Nach dem schwachen Ergebnis von 8,5 Prozent bei den Europawahlen und dem Rücktritt von Laurent Wauquiez wird die Partei kommissarisch geführt. Als Favorit gilt der Fraktionsvorsitzende in der Nationalversammlung, Christian Jacob. Seine beiden Gegner, die Abgeordneten Julien Aubert und Guillaume Larrivé, kündigten an, sich bei einem möglichen zweiten Wahlgang gegen ihn zu verbünden.

Aktivisten von *Extinction Rebellion* haben auch in der französischen Hauptstadt Paris Aktionen durchgeführt. Sie besetzten am vergangenen Sonntag ein Einkaufszentrum im 13. Arrondissement, um gegen das „ungerechte und zerstörerische Wirtschaftssystem“ zu demonstrieren. Durch die Besetzung des Pariser Verkehrsknotenpunkts Châtelet im Stadtzentrum legten die Aktivisten über mehrere Tage den Verkehr lahm. Bürgermeisterin Anne Hidalgo betonte in einem Interview, dass sie die „gewaltfreie Demonstration“ unterstützt.

Der „Bürgerkonvent zum Klimaschutz“ wurde von Premierminister Edouard Philippe in Paris eröffnet. 150 Bürger, die per Los ausgewählt wurden, sollen in sechs Wochenendsitzungen konkrete Vorschläge zur Klimaschutzpolitik erarbeiten. Diese werden dann der Nationalversammlung zur Beratung vorgelegt. Die Idee war während der „Großen nationale Debatte“ entstanden, die Staatspräsident Emmanuel Macron als Reaktion auf die Gelbwestenbewegung initiiert hatte, um „bürgernahe“ Maßnahmen zu etablieren.

Staatspräsident Emmanuel Macron setzt den Bürgerdialog angesichts des starken Widerstands gegen die geplante Rentenreform fort. In der südfranzösischen Stadt Rodez stellte sich der Präsident rund drei Stunden den Fragen von rund 500 Bürgern; weitere Termine sind geplant. Die geplante Reform ist ehrgeizig: Die bisher über 40 Einzelsysteme für verschiedene Berufsgruppen sollen zu einer einheitlichen Rentenkasse zusammengeführt werden. Auch wird eine Änderung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, das in Frankreich bei 62 Jahren liegt, angestrebt: Zwar soll weiter möglich sein, weiterhin mit 62 Jahren in Ruhestand zu gehen, Beschäftigte müssten dann aber mit Abschlägen rechnen. Die Regierung geht derzeit davon aus, dass sich das durchschnittliche Rentenalter bei 63-64 Jahren einpendeln wird. Im September kam es bereits zu ersten Streiks, ab dem 5. Dezember wollen die Pariser Verkehrsbetriebe, sowie Eisenbahner und Lastwagenfahrer im ganzen Land in den unbefristeten Ausstand treten.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich T +33 15669-1500 info.paris@kas.de **www.kas.de**
15bis rue de Marignan, 75008 Paris

Während der Debatte zur Reform des Bioethik-Gesetzes stimmte die Nationalversammlung in einem ersten Wahlgang für die automatische Anerkennung der Elternschaft bei im Ausland ausgetragener Leihmutterschaft. Die Regierung hatte sich im Vorfeld gegen diese Novellierung gestellt. Justizministerin Nicole Belloubet bezeichnete die rechtliche Übertragung der Elternschaft als konträr zum aktuellen französischen Recht, das Leihmutterschaft verbietet. Das bürgerlich-konservative Lager bezeichnete den Abänderungsantrag als Hochverrat. Die Regierung habe ihnen zugesichert, dass die Leihmutterschaft nicht Teil der Reform sein werde, so die Républicains. In einer zweiten Abstimmung fand das Vorhaben keine Mehrheit.

Beim „Marsch für die Kinder" haben rund 74.500 Teilnehmer gegen das Gesetzesvorhaben der Regierung, die künstliche Befruchtung für alle Frauen einzuführen, demonstriert. Die Versammlung wurde von der Bewegung „Manif pour tous" organisiert, die sich 2012 als Reaktion auf die gleichgeschlechtliche Ehe gegründet hatte. Damals gingen Hunderttausende auf die Straße. Die aktuelle Debatte scheint weniger mobilisieren zu können. Umfragen zufolge befürworten 68 % der Franzosen die Zulassung von künstlicher Befruchtung für alleinstehende Frauen, 65 % wollen lesbischen Frauen eine künstliche Befruchtung ermöglichen.

Femen-Aktivistinnen haben in Paris gegen Frauenmorde protestiert. Bei der Demonstration auf dem Friedhof Montparnasse erinnerten die Frauen mit nacktem Oberkörper und als Zombie verkleidet an die 114 Frauen, die dieses Jahr in Frankreich bereits durch ihren Partner getötet wurden. Sie forderten eine stärkere Mobilisierung der Regierung und bessere Hilfsangebote für Opfer häuslicher Gewalt.

Die französische Armee hat in der westfranzösischen Stadt Rennes das erste Gebäude eingeweiht, das ganz der Durchführung ihrer Operationen im Cyberspace gewidmet ist. In der bretonischen Stadt, die seit 2014 Teil eines Exzellenz-Clusters ist, sind rund 70 Unternehmen der Cybersicherheitsbranche angesiedelt. In Anbetracht der zunehmenden Bedrohungen im Cyberspace will Frankreich 1000 weitere Cyberkämpfer einstellen und bis 2025 4000 Soldaten in diesem Bereich einsetzen. Es wird mit Ausgaben von rund 1,6 Milliarden Euro gerechnet.

Die Zahl der Woche

1025

Das ist die Zahl der Kündigungen, die die französische Eisenbahngesellschaft SNCF in diesem Jahr registriert hat; ein Anstieg von 34% im Vergleich zum Vorjahr. Als möglicher Grund wird das umstrittene Ende des „Eisenbahner"-Status für neue Mitarbeiter ab Januar 2020 genannt. Der speziell für die Mitarbeiter der französischen Bahn geltende Status garantiert einen totalen Kündigungsschutz, kostenlose Reisen auch für Familienangehörigen, sowie eine Renteneintritt mit 52 bzw. 55 Jahren. Nach aktuellen Zahlen des französischen Rechnungshofes belaufen sich die jährlichen Ausgaben des Staates derzeit auf 14,4 Milliarden Euro. Jeder Franzose, unabhängig davon, ob er Bahn fährt oder nicht, bezahlt somit 215 Euro für die SNCF.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich T +33 15669-1500 info.paris@kas.de **www.kas.de**
15bis rue de Marignan, 75008 Paris